

Zum Tag der deutschen Einheit – Warum ein Feiertag?

Von Friederike Wolf

Der 3. Oktober ist der Jahrestag des 2+4 Vertrags und des Deutschen Einigungsvertrages. Die geschichtliche Bedeutung dieses Verwaltungsaktes sollte mit der Erhebung dieses Tages zum Nationalfeiertag in Erinnerung gehalten werden. Dazu wurde er „*Tag der deutschen Einheit*“ genannt.

Bewegt uns etwas, wenn wir „*Tag der deutschen Einheit*“ hören?

Das Inkrafttreten der Verträge war ein reiner Verwaltungsakt. Das Datum ist willkürlich gewählt und hat zu den eigentlichen historischen Ereignissen nur einen sehr losen Bezug. Am 7. November 1989 trat die DDR-Regierung zurück. Die entscheidende Wende zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten ereignete sich am 9. November 1989, als die Mauer fiel.

Am Abend des 9. November verkündet Politbüromitglied Günter Schabowski, daß an diesem Tag eine neue Entscheidung zur Regelung der ständigen Ausreise getroffen worden sei. Er verliest dann die eigentlich für den nächsten Tag bestimmte Pressemitteilung, wonach künftig Privatreisen auch ohne besondere Voraussetzungen bei der Polizei beantragt werden können. Auf die Nachfrage „*Wann tritt das in Kraft?*“ antwortet Schabowski: „*Nach meiner Kenntnis ist das sofort, unverzüglich.*“

Wenig später verkünden die Nachrichtenagenturen AP und dpa, die DDR habe ihre Grenzen geöffnet. Die Meldung wird zum Aufmacher der Hauptnachrichtensendungen am Abend. Tausende Ostberliner strömen daraufhin zu den Grenzübergängen, um sich von dem Unglaublichen vor Ort zu überzeugen. Doch dort ist alles verschlossen, denn die Offiziere haben bisher keinerlei Weisungen zur Öffnung erhalten. Es spielen sich tumultartige Szenen ab. Tausende drängen von hinten nach, vorn am Schlagbaum wird es immer bedrohlicher. Keiner weiß genau, ob es sich nun um ein Gerücht, einen Versprecher oder tatsächlich um eine gültige Entscheidung handelt. Auch die Grenzsoldaten sind nicht aussagefähig und völlig überfordert. Eine halbe Stunde vor Mitternacht entschließen sich einzelne Grenzkommandanten, die Tore einfach zu öffnen. Die Meldung an die Zentrale lautet: „*Wir fluten jetzt.*“



Der Fall der Mauer am Brandenburger Tor

Damit war die Grenze gefallen und West- und Mitteldeutsche feierten gemeinsam freudig und ergriffen ein Wiedersehen. Einander völlig unbekannte Menschen umarmten sich, es flossen Tränen, ein Einheitsgefühl verband alle miteinander. Einen Nationalfeiertag hätte man also auf den 9. November legen müssen.

Das Datum scheint aber nicht in das Weltbild von international gebundene oder an Zahlenmystik glaubende Politiker zu passen.

Am 9. November des Jahres 1923 fand der sogenannte „*Marsch auf die Feldherrnhalle*“ in München statt, und am gleichen Tag des Jahres 1938 ereignete sich die sogenannte „*Reichskristallnacht*“.¹⁾

1) Anmerkung der Schriftleitung: In diese Reihe fügt sich ebenso der 9.11.1918 ein, jener Tag, an dem Reichskanzler Max von Baden ohne Rücksprache die Abdankung Kaiser Wilhelms II. bekanntgab und der Sozialdemokrat Scheidemann in Berlin die Republik ausrief. Erich Ludendorff wußte, daß der Kaiser in seinem am 24.10.1918 geäußerten Glauben, sich „*mit Hilfe der Sozialdemokratie ein neues Reich aufbauen*“ zu

Zunächst zum 9.11.1923:

„Marsch zur Feldherrnhalle“

Nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg herrschten in Deutschland bürgerkriegsartige Zustände und Auflösungserscheinungen, Verzweigung und Hunger. Separatistische Aufstände im Rheinland, die französische Besetzung dieser Gebiete, kommunistisch-bolschewistische Kämpfe in anderen Gebieten steigerten die Not des Volkes zu weiteren ungeheuren Belastungen.

Die Ratifizierung des Versailler Vertrages durch die deutsche Regierung mit seinen völkerrechtswidrigen Gebietsabtretungen und Reparationszahlungen war im Volk heiß umstritten. Wahlen sollten blockiert werden. Diese Zustände sind für uns aus heutiger Sicht schwer nachzuempfinden. Es bestand Gefahr einer bolschewistischen Revolution nach dem Vorbilde Rußlands einerseits und die Gefahr des Zerfalls Deutschlands in unterschiedliche Kleinstaaten andererseits. Dies sah auch Erich Ludendorff. Der Staat war ohnmächtig.

Die bayerische Regierung unter v. Kahr, v. Lossow und v. Seisser hatte gemeinsam mit den unterschiedlichsten Kampf- und Interessenverbänden im Herbst 1923 geplant, die Berliner Regierung, die ihre Existenz einem Verfassungsbruch verdankte, zu stürzen.

Erich Ludendorff war damals eine populäre Person, und so versuchten die unterschiedlichen Gruppierungen ihn für ihre Ziele einzuspannen.

Ludendorff ging es dabei darum, zum Wohle aller Deutschen eine starke, friedliche Staatsmacht herbeizuführen, damit endlich die schlimmste Not und die bürgerkriegsähnlichen Zustände aufhörten und das Reich nicht zerfiel. Nach und nach erkannte er, daß die römische Kirche eine kleindeutsche katholische Monarchie in Bayern, eventuell mit Teilen des katholischen Österreichs und der Rheinlande, anstrebte. Diesem Bestreben trat Ludendorff entschieden entgegen. Außerdem kam es im Frühjahr 1924 zu einem Gerichtsprozeß, in welchem diese Pläne und die Unterstützung durch französische Gelder hierfür offenkundig wurden.

können, getäuscht worden war. Ludendorff prophezeite am selben Tag, daß das Deutsche Reich 14 Tage später keinen Kaiser mehr haben werde.



Julius Streicher spricht auf dem Marienplatz in München (9.11.1923)

Die Kurie, d. h. die katholische Kirche änderte ihren Plan. Jetzt wollte sie ihre Macht mittels eines katholischen Kaisers erhalten. Hierzu war zwar der Sturz der Berliner Regierung nötig, allein eine Beteiligung Ludendorffs hieran schien diese geheimen Pläne scheitern zu lassen. Die Mächtigen disponierten deshalb um: Trotz des gemeinsamen Beschlusses, den Marsch nach Berlin am 9.11.1923 zu beginnen, wurde dieser von den vorher treibenden Kräften der bayerischen Regierung auf Befehl der Kurie verraten und damit verhindert. Die Furcht der römischen Kirche vor Erich Ludendorff war größer als das Bestreben, einen Wittelsbacher Kaiser auf den Thron zu bekommen.

Trotz allem aber war der Erfolg des Marsches, daß der Lebenswille des deutschen Volkes wieder erwachte und die Separationsbestrebungen zunächst endeten.

Es kam also zu einer inneren Wiedervereinigung des deutschen Volkes, wenn es sich dann auch leider wieder betören ließ und in Hitler den Retter aus Arbeitslosigkeit und Hungersnot erblickte.

Eine wahrhaftige Darstellung dieser geschichtlichen Ereignisse, 66 Jahre vor dem Mauerfall, könnte zweierlei bewirken:

1. Könnte bewußt gemacht werden, daß das deutsche Volk schon viel schwerere Zeiten gemeinsam gemeistert hat. Dies hätte die Freude und Opferbereitschaft auf beiden deutschen Seiten nicht so schnell verebben lassen. Und

2. Wäre das Aufzeigen der Gefahren, die drohen, wenn ein Volk ohne tieferes Nachfragen den schnellsten Weg aus materieller Not wählt, auch sinnvolle Geschichteauswertung.

„Reichskristallnacht“

Am 9. November 1938 fand die sogenannte Reichskristallnacht statt.

Zwei Tage zuvor, am 7. November war der Legationssekretärs an der deutschen Botschaft in Paris, Ernst vom Rath, heimtückisch durch den erst siebzehnjährigen Herschel Grynszpan angeschossen worden. Zwei Tage später erlag vom Rath seinen Verletzungen. Herschel wollte sich für die Abschiebung von 17 000 polnischen Juden nach Polen rächen, zu denen auch seine Eltern zählten. Nach offizieller Lesart wollte er „*dar- auf aufmerksam machen*“. Die Nationalsozialisten ergriffen diese Gelegenheit, um Gewaltmaßnahmen gegen jüdisches Eigentum und Juden in großem Umfang vorzunehmen. In der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 brannten jüdische Synagogen in ganz Deutschland. Angehörige von Sturmabteilung (SA) und Schutzstaffel (SS) zertrümmerten die Schaufenster jüdischer Geschäfte und demolierten die Wohnungen jüdischer Bürger. Einundneunzig Tote, 2 676 zerstörte Gottes- und Gemeindehäuser und 7 500 verwüstete Geschäfte – das war die „*offi- zielle*“ Bilanz des Terrors. Aufgrund der zerstörten Schaufensterscheiben wurden die Vorgänge von 1938 bald als „*Reichskristallnacht*“ bezeichnet. Die Reaktionen der Bevölkerung während des Pogroms waren zumeist von eingeschüchterter Reserviertheit und einem schockierten Schweigen geprägt. Nur wenige Menschen, die nicht der SA oder SS angehörten, beteiligten sich aktiv an den Zerstörungen und den Brandschatzungen, auch nur wenige allerdings tätigten Hilfe für ihre jüdischen Nachbarn. Die Weisung zu den Ausschreitungen war von München ausgegangen, wo sich die Führung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) zum Gedenken an den 15. Jahrestag des Hitler-Putsches versammelt hatte. Für den Ablauf der Reichskristallnacht gab es eine genaue Anweisung der Regierung:



Brennendes jüdisches Gotteshaus

*Abschrift Fernschreiben
Blitz München 47 767 10.11.38 0120 - Chu -*

=====
*An alle Stapoleit- und Stapostellen, an alle SD.OA. und alle
UA.*

*- Blitz, dringend, sofort vorlegen! -
Dringend sofort dem Leiter oder seinem Stellvertreter
vorlegen.*

Betrifft: Maßnahmen gegen Juden in der heutigen Nacht.

*Auf Grund des Attentats gegen den Leg. Sekr. v. Rath in
Paris sind im Laufe der heutigen Nacht - 9./10.11.38 - im
ganzen Reich Demonstrationen gegen die Juden zu erwarten.
Für die Behandlung dieser Vorgänge ergehen folgende
Anordnungen*

*1.) Die Leiter der Staatspolizeistellen oder ihre Stellver-
treter haben sofort nach Eingang dieses Fernschreibens mit*

den für ihren Bezirk zuständigen Politischen Leitungen – Gauleitung oder Kreisleitung – fernmündlich Verbindung aufzunehmen und eine Besprechung über die Durchführung der Demonstrationen zu vereinbaren, zu der der zuständige Inspekteur oder Kommandeur der Ordnungspolizei zuzuziehen ist. In dieser Besprechung ist der Politischen Leitung mitzuteilen, daß die Deutsche Polizei vom Reichsführer der SS und Chef der Polizei die folgenden Weisungen erhalten hat, denen die Maßnahmen der Politischen Leitungen zweckmäßig anzupassen wären:

a) Es dürfen nur solche Maßnahmen getroffen werden, die keine Gefährdung deutschen Lebens oder Eigentums mit sich bringen (z.B. Synagogenbrände nur, wenn keine Brandgefahr für die Umgebung ist).

b) Geschäfte und Wohnungen von Juden dürfen nur zerstört, nicht geplündert werden. Die Polizei ist angewiesen, die Durchführung dieser Anordnung zu überwachen und Plünderer festzunehmen.

c) In Geschäftstraßen ist besonders darauf zu achten, daß nicht jüdische Geschäfte unbedingt gegen Schäden gesichert werden.

d) Ausländische Staatsangehörige dürfen - auch wenn sie Juden sind - nicht belästigt werden.

2.) Unter der Voraussetzung, daß die unter 1) angegebenen Richtlinien eingehalten werden, sind die stattfindenden Demonstrationen von der Polizei nicht zu verhindern, sondern nur auf die Einhaltung der Richtlinien zu überwachen. –

3.) Sofort nach Eingang dieses Fernschreibens ist in allen Synagogen und Geschäftsräumen der jüdischen Kultusgemeinden das vorhandene Archivmaterial polizeilich zu beschlagnahmen, damit es nicht im Zuge der Demonstrationen zerstört wird. Es kommt dabei auf das historisch wertvollere Material an, nicht auf neuere Steuerlisten usw. Das

Archivmaterial ist an die zuständigen SD-Dienststellen abzugeben.

4.) Die Leitung der sicherheitspolizeilichen Maßnahmen hinsichtlich der Demonstrationen gegen Juden liegt bei den Staatspolizeistellen, soweit nicht die Inspekture der Sicherheitspolizei Weisungen erteilen. Zur Durchführung der sicherheitspolizeilichen Maßnahmen können Beamten der Kriminalpolizei sowie Angehörige der SD, der Verfügungstruppe und der allgemeinen SS zugezogen werden.

5.) Sobald der Ablauf der Ereignisse dieser Nacht die Verwendung der eingesetzten Beamten hierfür zuläßt, sind in allen Bezirken so viele Juden – insbesondere wohlhabende – festzunehmen, als in den vorhandenen Hafträumen untergebracht werden können. Es sind zunächst nur gesunde, männliche Juden nicht zu hohen Alters festzunehmen. Nach Durchführung der Festnahme ist unverzüglich mit den zuständigen Konzentrationslagern wegen schnellster Unterbringung der Juden in den Lagern Verbindung aufzunehmen. Es ist besonders darauf zu achten, daß die auf Grund dieser Weisung festgenommenen Juden nicht mißhandelt werden.

6.) Der Inhalt dieses Befehls ist an die zuständigen Inspekture und Kommandeure der Ordnungspolizei und an die SD-Ober- und Unterabschnitte weiterzugeben mit dem Zusatz, daß der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei diese polizeilichen Maßnahmen angeordnet hat. Der Chef der Ordnungspolizei hat für die Ordnungspolizei einschließlich der Feuerlöschpolizei entspr. Weisungen erteilt. In der Durchführung der angeordneten Maßnahmen ist engstes Einvernehmen zwischen der Sicherheitspolizei und der Ordnungspolizei zu wahren.

Der Empfang dieses Fernschreibens ist von den Stapoleitern oder seinen Vertretern durch FS an das Geheime Staatspolizeiamt - z. Hd. SS- Standartenführer M ü l l e r - zu bestätigen.
gez. H e y d r i c h SS-Gruppenführer

Quelle: H.-J. Döscher, „Reichskristallnacht“, S. 95

Damit bedienten sich die Nazis im Prinzip ganz der gleichen Denkungsart wie Grynspan. Um Protest auszudrücken, wurde nicht davor zurückgeschreckt, Menschenleben zu gefährden oder zu vernichten. Das NS-Regime deklarierte den von der NSDAP gesteuerten Pogrom als *„berechtigte und verständliche Empörung des deutschen Volkes“*. Die Parallele zu heutigen Vorkommnissen ist beängstigend: Eine Unrechtshandlung wird zum Anlaß genommen, eine ganze Maschinerie an *„Gegenmaßnahmen“* in Bewegung zu setzen. Wie inzwischen ganz offen zugegeben wird, waren alle offiziell genannten Gründe für einen Krieg gegen den Irak nicht triftig oder gar unwahr. Der einzig wahre Grund war die angestrebte Neuordnung dieses Gebietes nach US-Interessen. Auch das Vorgehen der israelischen Regierung gegen die Palästinenser ist hiermit vergleichbar. Zwar gibt es durchaus auch in Israel Widerstand gegen jene Vorgehensweise, aber dieser kann sich nicht durchsetzen.

Erich Ludendorff, gest. 1937, konnte zu den Vorgängen der Reichskristallnacht keine Stellung mehr beziehen. Seine Haltung hierzu läßt sich jedoch auf Grund seiner Äußerungen bei anderen antisemitischen Vorkommnissen, sogar noch vor der Machtergreifung Hitlers, vermuten: Nach einem Bericht eines Teilnehmers äußerte sich Ludendorff auf einer *„Führertagung“* am 17.5.1931 zur Judenfrage. *„Er wandte sich ebenfalls“* (wie zuvor seine Gattin Mathilde Ludendorff) *„entrüstet gegen die drohenden Gefahren durch Gewaltanwendung gegen Juden, die aus solcher Nazi-Hetze und solchem Radauantisemitismus entwachsen müßten, und rief, nachdem er auch die Rassevergottung gegeißelt hatte, zornig in den Saal: ‚Die Juden totzuschlagen ist verbrecherisch! Die Juden aus dem Land zu jagen ist unrecht! Wir haben eine ganze Menge Juden im Lande, die seit Generationen das Staatsbürgerrecht besitzen. Die Juden zu boykottieren ist lächerlich!‘“* Mathilde Ludendorff hatte vorher scharf vor dem Unrecht gewarnt, den Juden Gewalt anzutun.²⁾ (Zit. nach: *„Ein Kampf für Frieden und Freiheit – Ludendorffs Tannenbergbund 1925–1933“*, Verlag Hohe Warte, 1997)

2) Anmerkung der Schriftleitung: Diese wie auch viele andere belegbaren Zitate beider Ludendorffs zeigen eindeutig, daß sie eben keine Antisemiten waren. Erich und Mathilde Ludendorff traten für Frieden und Freiheit für alle Völker ein und lehnten jeden religiös begründeten Auserwähltheitsanspruch ab. Die Geschichtslüge vom angeblichen Antisemitismus E. und M. Ludendorffs wurde vom ideologischen Gegner nach dem Zweiten Weltkrieg verbreitet, da sich mit diesem Schlagwort



Öffentliche Verbrennung von Einrichtungsgegenständen der Synagoge in Mosbach

Die vorgenannten geschichtlichen Ereignisse führten dazu, daß unsere Politiker bewußt den neuen Nationalfeiertag der Deutschen nicht auf den **9.11.** legten. Dazu meint Detlef Kühn, Präsident des Gesamtdeutschen Instituts von 1972–1991 in der „*Jungen Freiheit*“ vom 29.9.2000:

„Die damals“, also 1989 „freigesetzten Emotionen haben den Deutschen schlagartig ins Bewußtsein zurückgerufen, was viele Angehörige der politischen Klassen in der Bundesrepublik und in der DDR erfolgreich verdrängt hatten, nämlich, daß die Deutschen ein Volk waren.

So wäre also der 9. November ein durchaus geeignetes Datum gewesen, hätten die deutschen Politiker sich 1990 dafür begeistern können. Das war aber nicht der Fall, vor allem weil man dem eigenen Volk die Erinnerung an diese Emotion nicht gönnte und befürchtete, die Untaten der Nazis könnten darüber in Vergessenheit geraten.“

gut Stimmung gegen die Ansichten beider Ludendorffs, vor allem gegen die Gotterkenntnis Mathilde Ludendorffs machen ließ.

Jean Paul Picaper, Deutschland-Korrespondent von „Le Figaro“ schreibt in „Die Welt“ vom 9.11.2000 bezogen auf den 9.11.1938:

„Der 9. November ist für die Deutschen gleichermaßen der Tag des verpaßten Widerstandes und der Tag des erfolgreichen Widerstandes. Er ist ein wichtiger, untilgbarer Tag in ihrer Geschichte. Der Sturz der Mauer in Berlin 1989 ist dem Sturz der Bastille in Paris 1789 als Symbol mindestens ebenbürtig.“

Und hat er damit nicht recht? Einer fröhlichen Feier aufgrund der Wiedervereinigung steht einem gleichzeitigen angemessenen Gedenken auch an den „verpaßten Widerstand“ nicht entgegen.

Der Franzose setzt die Bedeutung des 9. November für das Deutsche Volk mit dem Nationalfeiertag der Franzosen am 14.7. in Erinnerung an die „Geburt der Demokratie“ in Frankreich mindestens gleich.

„Bloß schulfrei oder doch ein bißchen mehr?“

Eine Interviewreihe in einer Zeitung vom 2.10.2002 mit 17–19jährigen Schülern. Selbstverständlich freuen sich die Schüler über freie Tage, aber erfreulicher Weise sind alle der Meinung, daß die Wiedervereinigung gut und wichtig war, und dies Ereignis eines Feiertages bedarf.

Stellvertretend möchte ich eines dieser Interviews zitieren:

„Bloß schulfrei oder doch ein bißchen mehr?“

Schülerin (19): *„Ich finde es sehr gut, daß für die Wiedervereinigung zwischen Westen und Osten ein Feiertag eingerichtet worden ist. Aber eigentlich müßte für viele Menschen der 9. November, der Fall der Mauer, der eigentliche Feiertag sein. Ich denke, daß dieses Ereignis einfach mehr für die Menschen symbolisiert.“*

Die politische Wiedervereinigung Deutschlands im Jahre 1990 wurde mittels des innerdeutschen Einigungsvertrages und der Zustimmung der ehemaligen Alliierten Frankreich, Großbritannien, Rußland und den USA, festgehalten im 2+4 Vertrag, erreicht.

In diesem Vertrag wird sehr geschickt formuliert, daß Polen und Deutschland einen völkerrechtlich gültigen Vertrag zu ihren bestehenden Grenzen abschließen sollen und das vereinigte Deutschland auf alle Zeiten Gebietsansprüchen entsagt.

Es heißt in Artikel 1:

„(1) Das vereinigte Deutschland wird die Gebiete der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und ganz Berlin umfassen. Seine Außergrenzen werden die Grenzen der Deutschen Demokratischen

Republik und der Bundesrepublik Deutschland sein und werden am Tage des Inkrafttretens dieses Vertrages endgültig sein. Die Bestätigung des endgültigen Charakters der Grenzen des vereinten Deutschland ist ein wesentlicher Bestandteil der Friedensordnung in Europa.

(2) Das vereinte Deutschland und die Republik Polen bestätigen die zwischen ihnen bestehende Grenze in einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag.“

Ob der deutsch-polnische Grenzvertrag von 1990 völkerrechtlichen Kriterien genügt, steht dahin. Es scheint aber, daß auch in polnischen Kreisen hierüber Unsicherheit herrscht. So wären auch die Ängste und Haßergüsse auf polnischer Seite gegen das geplante „Zentrum gegen Vertreibung“ zu erklären.

Der Inhalt des 2+4 Vertrages ist auch in anderer Hinsicht für Deutschland sehr wichtig. Angesichts der drohenden Verwicklung Deutschlands in Kriege, die durch „Präventivschläge“ zur „Terrorbekämpfung“ durch die USA hervorgerufen werden, und in Kriege, die zunehmend auch ganz offen aus dem Grund geführt werden, weil US-Interessen bedroht sind, ist Artikel 2 sehr aufschlußreich:

„Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihre Erklärungen, daß von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird. Nach der Verfassung des vereinten Deutschlands sind Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, verfassungswidrig und strafbar. Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik erklären, daß das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen.“

Ein „Präventivschlag“ ist nur ein anderes Wort für einen Angriffskrieg. Wer hier Haarspalterei betreiben will, der kann weder Hitler noch schon gar den Deutschen insgesamt einen Vorwurf für ihr Verhalten im Zweiten Weltkrieg machen. Immerhin bemühen sich gestern wie heute die Medien darum, daß der Mehrheit der Bevölkerung die Begründung für die Notwendigkeit eines Angriffes gegen den Irak einleuchtend erscheint. Damals wie heute schrecken die Verantwortlichen nicht davor zurück, mit falschen Behauptungen, Verleumdungen und dem Schüren von Ängsten, die Bevölkerungen für Kriegführungen zu gewinnen. Auch im 2. Irakkrieg erwies sich, daß der Kriegsgrund, nämlich der Besitz von hochgefährlichen Massenvernichtungsmitteln, nicht gegeben war. Die Behauptungen hatten den Verantwortlichen von vornherein nur zur Beeinflussung der Massen gedient.

Aber die Völker fallen doch immer wieder darauf herein, obwohl es gegen den letzten Irakkrieg andererseits weltweit und auch in den USA selbst bedeutende Widerstände gab.

Soweit zu einigen wichtigen Punkten der Wiedervereinigungsverträge.

Das Gedenken an die Wiedervereinigung wirft auch die Frage auf:

Haben Nationalfeiertage einen Sinn?

Feierliche Gedenktage sind besonders in unserer schnelllebigen Zeit wichtig. Zunehmend verliert die Familie in der Überlieferung von geschichtlichen Ereignissen an Bedeutung, und so dienen solche Tage auch dazu, die nachwachsende Jugend zumindest mit geschichtlich bedeutsamen Ereignissen der eigenen Geschichte bekannt zu machen und zu verbinden.

Dies ermöglicht auch das Lernen aus der Vergangenheit. Nur bei wahrheitsgemäßer Geschichtsbetrachtung kann dies Lernen erfolgen. Geschichte, die durch eine ideologische Brille betrachtet wird oder zu politischen Zwecken instrumentalisiert wird, verliert gerade dadurch an Bedeutung. Während Ludendorff eindringlich und mutig Warnungen und Aufrufe gegen Hitlers Bestrebungen verfaßte, wird er heute als Steigbügelhalter oder Wegbereiter Hitlers verleumdet. Bei den Vorwürfen an die „*leichte Verführbarkeit*“ der Deutschen wird im offiziellen Geschichtsunterricht wenig zu den Lebensbedingungen damals ausgesagt. Wenn Hunger und Not durch Massenarbeitslosigkeit herrschen, keine Arbeitslosenhilfe gezahlt wurde, es also wirklich um die Existenz ging, dann greift der Mensch nach jedem Strohalm. Den Menschen ging es damals nicht um die „*großen*“ politischen Ziele, sie wollten wie die Mehrheit heute auch leben, satt werden, ihre Ruhe haben. Was darüber hinaus gemacht wurde, interessierte nur wenige. Wer dies ausblendet und die Warner von damals verunglimpft, hat schon viel dafür getan, daß sich die Geschichte wiederholen kann, da keine Lehren daraus gezogen werden können.

Und auch heute wird, sogar im Widerspruch zu o. g. Artikel 2 unter dem Schlagwort der „*internationalen Verantwortung*“ Deutschlands versucht, Deutschland in Kriege hineinzuziehen, deren Ziele mit Ethik und Menschlichkeit nichts gemeinsam haben. Es ist erstaunlich, welchen Gesinnungswandel viele unserer Politiker vom Pazifisten zum Kriegsbeifürworter durchgemacht haben. Sie lassen sich von Argumenten blenden, die bei näherer Betrachtung erkennen lassen, daß es um etwas an-

deres geht: Auf dem Weg zur Einen Welt und einer Weltregierung Truppen zu finden, die jede Unbotmäßigkeit ihnen gegenüber oder gar Selbstständigkeitsbestrebungen unterdrücken können. Können wir nach dieser Lage den Menschen des „III. Reiches“ ein besonderes Versagen anlasten? Sind die Millionen Kriegstoten, die es seitdem gab weniger wert, als die Toten, die es in Folge des „III. Reiches“ gab?

Nationalfeiertage können Sternstunden eines Volkes, aber auch Stunden großen Versagens umfassen. Eine sinnvolle Fei ergestaltung kann Gemütskräfte freisetzen, die der Gotterhaltung dienen. Das Weitertragen der Erkenntnisse der Dichter und Denker der Völker gerade zu solchen Feierstunden ermöglicht es, daß eine Identifizierung mit den Heldentaten einerseits und der kraftvolle Wille zur Vermeidung begangener Fehler andererseits einen wahren Beitrag zu Frieden und Völkerfreiheit leisten.

Uns Deutschen stehen zum Thema Kriegführung schon seit mehr als 70 Jahren die Erkenntnisse General Ludendorffs zu sittlichen und unsittlichen Kriegen zur Verfügung. Auch die Gotterkenntnis Mathilde Ludendorffs zeigt eindrucksvoll die Grenzen zwischen sittlichem Verteidigungskrieg und unsittlicher Kriegführung auf.

Die Feier der Wiedervereinigung kann Anstoß sein, die wesentlichen Seiten der Wiedervereinigung die Menschen wiedererleben zu lassen, die Freude darüber, daß das deutsche Volk kulturell durch 40 Jahre Zwangstrennung nicht entfremdet wurde, kann durch erneutes Erleben des Einheitsgefühls die Kraft und Geduld bei der Überwindung der materiellen Schwierigkeiten stärken und die Einheit als wesentlich erlebbar machen.

Wer die bewegenden Bilder des Mauerfalls sah, der konnte wahrnehmen, daß plötzlich ein einigendes Band und eine einheitliche Gemütsbewegung die Menschen aus beiden deutschen Staaten verband. Nach 40jähriger Trennung der beiden deutschen Staaten kam es zu einer nicht mehr für möglich gehaltenen, friedlichen Wiedervereinigung. Sicherlich, die DDR war zahlungsunfähig, die materielle Unzufriedenheit war groß, und doch wandelte sich das Motto der aufbegehrenden Mitteldeutschen von „Wir sind das Volk“ zu „Wir sind ein Volk“. Die Volksseele war erwacht.

Doch nur allzu schnell legte sich der graue Alltag über die Menschen. Es wurden auf Seiten der Mitteldeutschen wirklichkeitsfremde materielle Erwartungen geschürt, zum Teil gerade von den Nutznießern des überholten Systems. Sehr einfach konnten sie dann eine Unzufriedenheit mit der Wiedervereinigung anheizen und manche hofften, daß das

vereinigte Deutschland an den Schwierigkeiten zerbrechen würde. Die Westdeutschen dagegen empfanden angesichts des Solidaritätszuschlages das Anspruchsdenken der Mitteldeutschen oft als unangemessen.

Mathilde Ludendorff gibt uns für diesen schnellen Wandel in ihrem Werk *„Die Volksseele und ihre Machtgestalter“* die philosophische Erklärung:

„In den Volkskindern tritt also entweder der Selbsterhaltungswille des Volkes, wie wir noch sehen werden, je nach der Beschaffenheit der Seele in unterschiedlichem Grade hinter dem Selbsterhaltungswillen des einzelnen zurück, oder aber er herrscht, in außergewöhnlichen Schicksalsstunden vom Unterbewußtsein in das Bewußtsein aufsteigend, und bestimmt dann dort das Handeln der einzelnen Menschen im weisen Sinne der Erhaltung der Volksseele.“ Und weiter: *„... so läßt auch die Volksseele die einzelnen bewußten Lebewesen des Volkes im Alltagsleben selbständig denken und handeln und greift nur in ernster Stunde der Entscheidung über Sein oder Nichtsein ein.“* (S. 54–56, Ausg. 1933)

„Ist sie nicht wahrhaft vollkommen und weise, diese an Wundern so reiche, geheimnisvolle Volksseele, die die Volkskinder wie mit liebevollen Mutterhänden nur dann und nur soweit führt, wie es die heilige Erhaltung des Volkes unweigerlich notwendig macht, sie wieder völlig freigibt und in ihrer gottgewollten Selbständigkeit beläßt, so oft ihre Selbstschöpfung und Selbstwandlung in Frage kommt? Ist nicht ihr Wirken im Bewußtsein, das dort wie ein Ahnen und Mahnen auftaucht und sanft in der Seele des einzelnen nachwirkt, ihr völlig die ungeminderte Freudigkeit der Selbständigkeit belassend, dem Wirken eines wahrhaft weisen Erziehers verwandt, der da mahnt, hütet und verhütet, ohne je die Freude des Zöglings an der Selbständigkeit zu bedrohen, oder gar zu ersticken, der nie die Seele lebunfroh macht und durch Zwang verkümmert? Ist sie nicht wahrhaft erfüllt vom göttlichen Sinn des Seins jedes einzelnen Menschenlebens, wenn sie sogar in der ernstesten Frage der Fortpflanzung so weise an jenen heiligen Grenzen innehält, die niemand übertreten sollte, damit alle Freiheit der Wahl zur Selbstwandlung und Selbstschöpfung der einzelnen Menschenseele voll erhalten bleibt?“ (a.a.O., S. 96)

*

Wir wollen also im Gedenken an die Wiedervereinigung die negativen Erscheinungen als Ausdruck unvermeidlicher Unvollkommenheit des Einzelnen werten und uns der gelungenen Wiedervereinigung in ihrer herausragenden geschichtlichen Bedeutung bewußt bleiben: Ein getrenntes Volk fand die Kraft, sich unblutig und friedlich zu einen, es gab einen Augenblick, in dem kleinlicher Materialismus und Egoismus

in den Menschen keinen Raum hatte, sondern alle in ergreifender Gemüterschütterung verbunden waren.

Auch die Hochwasserkatastrophe zeigte, daß im Unterbewußtsein sehr wohl ein Zusammengehörigkeitsgefühl vorhanden ist. Dies zeitigte freudige Einsatz- und Opferbereitschaft. Bei den letztjährigen Feierlichkeiten zum 3. Oktober wurde zu Recht auch Opfern und Helfern der Katastrophe gedacht.

Auch wenn also das Datum nicht ganz passend ist, ist dieser Feiertag wichtig für uns, um im Alltag innezuhalten und die Besinnung auf das Wesentliche zu ermöglichen.